

Demokratie im Spätherbst 2022

Feststellungen und Thesen

1. Die Entwicklung der Demokratiediskussion und unserer Initiative

Die Initiative Mehrheitswahl wurde 2007 gegründet, als das Unbehagen an tatsächlichem und gefühltem Stillstand, an Blockade und Packelei der SPÖ/ÖVP-Koalition besonders groß war. Ein mehrheitsförderndes und persönlichkeitsorientiertes Wahlrecht wurde vielfach als probates Mittel für eine Vitalisierung der Demokratie in Österreich gesehen. Die Initiative hat dazu zahlreiche Vorschläge vorgelegt, es zeigte sich aber, dass hierfür nicht rasch ein Parteienkonsens zu erzielen war. Die Initiative erweiterte folgerichtig ihren Fokus auf Fragen der Demokratiereform im Allgemeinen – insbesondere auch Fragen der direkten Demokratie, der unabhängigen Justiz und Medien und der politischen Bildung – und nannte sich Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform. Seit 2011 wurden alljährlich Demokratiebefunde rund um den Verfassungstag vorgelegt.

Die Demokratiediskussion ist in den 2020er Jahren in eine neue Phase eingetreten. Die Gefährdung demokratischer Grundlagen ist international, aber partiell auch in Österreich zu beobachten.

Es gilt alles zu unternehmen, um die Demokratie zu stärken, resilient und vital zu gestalten.

2. Die Demokratie ist global Bedrängnis – einige Daten und Fakten

Umfragen zeigen, dass viele Menschen die Demokratie heute in Bedrängnis sehen, nicht nur in den USA geben das bei aktuellen Umfragen zwei Drittel der Befragten an, sondern etwa auch in Deutschland und in Österreich. Und tatsächlich sieht man weltweit eine Reihe von Veränderungen, die den Eindruck vermitteln, als sei in der Einbahnstraße zu mehr Demokratie die Richtung geändert worden.

Von den 1960er Jahren bis zum Beginn der 2000er Jahre schien die Demokratie weltweit auf einem Siegeszug zu sein: Auf der iberischen Halbinsel fielen die Diktaturen genauso wie in Südostasien (z.B. Südkorea, Taiwan), Südafrika und Südamerika. 1989 brachte das Ende der kommunistischen Diktaturen in Mittel- und Osteuropa.

Seit 2010 scheint es in die umgekehrte Richtung zu gehen:

Man muss dabei unterschiedliche Fallgruppen differenzieren:

- Zum einen haben sich Hoffnungen nicht realisiert: vom sogenannten Arabischen Frühling, über Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten, bis

letztlich zu Russland oder gar China, wo einer wirtschaftlichen Liberalisierung nun definitiv keine politische Liberalisierung folgte.

- Zum anderen wird auf Rückschritte und Kehrtwendungen in noch nicht gefestigten Demokratien durch autoritäre Staatsführer hingewiesen, wie in Venezuela oder den Philippinen, ebenso auf den zum Teil wachsenden Einfluss von religiösem Fundamentalismus wie in der Türkei oder in Indien.
- In unserer östlichen Nachbarschaft wird offen davon gesprochen, dass das Zukunftsmodell nicht die liberale Demokratie, sondern die illiberale Demokratie sei.
- Aber auch in lange gefestigten Demokratien gibt es eine Reihe von Krisenerscheinungen: wie die zunehmende Polarisierung und die Erfolge populistischer Parteien; die zunehmenden Schwierigkeiten, stabile Koalitionen zu bilden, was auch zu häufigeren Neuwahlen führt; den Brexit nicht zu vergessen (zwar nicht per se undemokratisch, aber unter demokratiepolitisch problematischen Rahmenbedingungen zustande gekommen und vollzogen), der freilich auch das Ende der Idee der europäischen Integration als Einbahnstraße bedeutete.
- Vieles mehr könnte angeführt werden.

2017 konstatierte Freedom House demokratische Rückschritte in 71 Ländern und kam zum Schluss, dass sich die Demokratie in der schwersten Krise seit Jahrzehnten befinde. Politologen sehen den menschheitsgeschichtlichen Höhepunkt der Demokratie in den Jahren 2006 bis 2011 erreicht, seither gebe es weltweit einen deutlichen Rückgang und immer mehr sogenannte „defective democracies“. Im Februar 2022 konstatierte die Bertelsmann-Stiftung in ihrem „Transformationsindex“ für 137 Entwicklungs- und Schwellenländer: „Zum ersten Mal müssen wir eine autokratische Mehrheit unter diesen Ländern feststellen. 70 Autokratien stehen 67 Demokratien gegenüber und alle Kernindikatoren der Demokratiequalität kennen seit Jahren nur eine Richtung, nämlich nach unten.“

Interessant ist, wie diese Rückschritte zustande kommen. Aus den USA haben wir die Bilder vom Sturm auf das Kapitol am 6. Jänner 2021 im Kopf. Wie wir wissen, war diese Gewalt mit mehreren Toten politisch nicht, jedenfalls nicht unmittelbar, erfolgreich. Und das zeigt sich auch insgesamt überwiegend: Der Staatsstreich mit Gewalt, der früher bekannte Putsch, die Revolution sind die Ausnahme, die Veränderungen erfolgen nun in aller Regel durch gewählte, demokratisch legitimierte Institutionen, Staatsefefs, Parlamente und Gerichte, auf dem Boden demokratischer Verfassungen, die umgedeutet oder umgeformt werden.

Im amerikanischen Bestseller "How democracies die" weisen die Autoren Steven Levitsky und Daniel Ziblatt darauf hin, diese Aushöhlung und Zersetzung der Demokratie von innen, dieses langsame Dahinsiechen der Demokratie viel gefährlicher sei, da die Bürgerinnen und Bürger erst spät bemerken, was vor sich geht.

Weiters ist zu beobachten, dass das Pendel zwischen Freiheit und Sicherheit gefährlich von der Freiheit weg ausgeschlagen hat.

3. Besorgniserregender Vertrauensverlust in Österreich

In Österreich belegen alle Umfragen einen Tiefststand des Vertrauens in die Politik, wobei „die Zufriedenheit mit dem Zustand der Demokratie in unserem Land“, die in der Eurobarometer-Umfrage von Nov./Dez. 2021 erhoben wurde, in Österreich unter allen EU-27-Mitgliedsländern gegenüber dem Vorjahr am meisten abgenommen hat – mit einem Minus von 19 Prozent. Insgesamt zeigten sich 56 Prozent zufrieden; in den skandinavischen Ländern, den Benelux-Staaten und Deutschland lagen die Zufriedenheitswerte größtenteils zwischen 75 und 88 Prozent, schlechter als Österreich schnitten die am Mittelmeer liegenden und die mittel- und osteuropäischen Staaten ab.

Das alles ist für Österreich natürlich ein Grund zu ernster Besorgnis und ein Weckruf zu Engagement, darf aber kein Grund zu Alarmismus und lähmendem Pessimismus sein. Denn es gilt noch immer das Churchill-Diktum zur Demokratie.

Günther Ogris, dessen SORA-Institut alljährlich mit dem Demokratiemonitor die politische Großwetterlage in Österreich vermisst, stellte trotz allen Vertrauensverlusts im Oktober 2022 in einem Interview fest:

„Die Grundhaltung zur Demokratie – nämlich, dass diese das beste System ist – wurde bisher nicht wirklich erschüttert. Rund zwei Drittel der Bevölkerung wünschen sich sogar mehr Demokratie vor allem im Bereich der Unabhängigkeit der Medien, der Unabhängigkeit der Gerichte und der Rechte der Opposition. Es gibt also sowohl den Vertrauensverlust als auch das Bedürfnis nach einer Erneuerung und Stärkung der Demokratie.“

4. Wichtige Handlungsfelder für die Demokratie in Österreich

Es gilt die Demokratie zu stärken, zu der nicht nur Wahlen, sondern Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte untrennbar gehören. Wir brauchen eine resiliente und vitale Demokratie.

Dazu zehn Thesen und Überlegungen, die im nächsten Jahr zu vertiefen sein werden:

4.1. Wir haben uns um unsere Demokratie seit 1989 zu wenig gekümmert, sie als selbstverständlich angesehen. Notwendige Reformen wurden liegen gelassen und demokratische Prozesse verschudert (Beispiele: Partizipationsprozesse bei der Gesetzgebung, innerparteiliche Demokratie, Föderalismus, Wahlrecht).

4.2. Wir brauchen ein realistisches Politiker*innenbild.

4.3. Wir brauchen klare Spielregeln für eine Demokratie im Zeitalter großer Transparenz (Informationen können über klassische Medien nicht mehr gefiltert oder gar zurückgehalten werden).

4.4. Wir brauchen neue Spielregeln für Parteienfinanzierung, die staatliche Alimentierung kann nicht die ultimative Ratio sein.

4.5. Wir brauchen eine Neuordnung des Verhältnisses Politik und Medien, das geht weit über den ORF hinaus. Qualität, Pluralität und Unabhängigkeit sind gerade angesichts der immer schwieriger werdenden ökonomischen Rahmenbedingungen für die Medien gezielt zu fördern. Unabhängige Qualitätsmedien und ein öffentlich-rechtlicher Broadcaster sind auf allen Vertriebs- und Kommunikationswegen systemrelevant für die Demokratie.

4.6 Wir brauchen eine Stärkung demokratischer Prozesse auf allen Ebenen, von der Schülervertretung bis zur betrieblichen Mitbestimmung, neue Wege der Einbindung in lokale Politikgestaltung. Räte können dabei nur ein ergänzendes Instrument im Sinne einer qualifizierten Meinungsforschung sein (eine Art Fokusgruppen), wären sonst aber ein gefährlicher Weg gelenkter Demokratie.

4.7. Die Grundrechte müssen im Lichte der modernen Entwicklungen zeitgemäß weiterentwickelt werden, beispielsweise Recht auf Privatsphäre, Briefgeheimnis.

4.8. Wir brauchen eine politische Kultur des Dialogs, der faktenbasiert ist, nicht polarisiert und die eigene Meinung absolut setzt und damit unüberwindbare Gräben und Polarisierungen mit sich bringt, den anderen respektiert und ehrliches Ringen um Kompromisse nicht diffamiert.

4.9. Die Demokratie braucht engagierte Bürger*innen. Ein möglichst breites Spektrum aktiver zivilgesellschaftlicher Gruppen ist wünschenswert – im Sinne einer Allianz für die Demokratie in Österreich.

4.10. Wir brauchen eine Offensive für politische Bildung, kritische Medienbildung und zeitgeschichtliche Bildung.